

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmid
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

An die Verabschiedung des Berliner Grundsatzprogramms der SPD vor fünf Jahren erinnert **Dr. Hans-Jochen Vogel**: Ein Programm als Geheimpapier?

Seite 1

Eine Durchsetzung des Rechts auf BAföG von prinzipieller Bedeutung beschreibt **Hanna Wolf MdB**: Erfolg für eine Studentin mit Kindern.

Seite 4

49. Jahrgang / 240 / 15. Dezember 1994

Ein Programm als Geheimpapier? Zum 5. Jahrestag der Verabschiedung des Berliner Grundsatzprogramms

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

1.

Das Grundsatzprogramm, das ein außerordentlicher Parteitag am 20. Dezember 1989 nach jahrelanger Diskussion und gründlichen Vorarbeiten in zwei Kommissionen, von denen die erste noch von Willy Brandt geleitet wurde, in Berlin gegen eine einzige Stimme verabschiedet hat, wird in der Deutschen Sozialdemokratie weithin wie ein Geheimpapier behandelt. Wenn ein Redner wirklich einmal aus diesem Programm zitiert, ruft das bei den Zuhörern in aller Regel Erstaunen darüber hervor, daß es etwas derartiges überhaupt gibt und daß dort so bemerkenswertes zu finden ist. Und der Gedanken, Regierungsprogramme oder andere zentrale Aussagen und Stellungnahmen sollten sich - zumindest gelegentlich - auch auf das Grundsatzprogramm berufen oder doch mit ihm auseinandersetzen, wird von nicht wenigen als ziemlich abwegig empfunden. Manchmal kann sogar der Eindruck entstehen, es widerspräche dem Parteistatut, das Programm auch nur zu lesen.

2.

Das wäre zu verstehen, wenn seine Analysen, seine Zielsetzungen und seine Handlungsanleitungen durch die Entwicklungen der letzten fünf Jahre überholt oder gar widerlegt wären. Oder wenn unsere Gesellschaft überhaupt keiner Gesamtvorstellung mehr bedürfte, die erkennen läßt, welchen Zielen die Politik dienen soll, welche Prioritäten sie dabei setzt und wie sie diese Ziele erreichen will. Von beiden kann aber nicht die Rede sein. Nicht nur die Sozialdemokratie auch unsere Gesellschaft insgesamt kann die stimulierende Kraft der Vision einer besseren und gerechteren Gesellschaftsordnung nicht entbehren. Ohne diese Vision - Neil Postman spricht von einer "konstruktiven Erzählung", die der Vergangenheit Bedeutung zuschreibt, die Gegenwart erklärt und für die Zukunft Orientierung liefert - wären die Reformen, die unsere gesellschaftliche Ordnung im Laufe dieses Jahrhunderts menschenwürdiger gemacht haben, nicht durchzusetzen gewesen. Und ohne diese Vision, ohne diese "Er-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 32,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreislauf-Übersicht
nach dem Bundesgesetz
über den Kreislauf-Übersicht



zählung* wird die Bewußtseinsänderung, deren wir angesichts der grundlegenden Veränderungen fast aller relevanter Gegebenheiten - ich nenne nur die aus ökologischen Gründen zwingend gewordene Begrenzung und inhaltliche Neubestimmung des Wachstums - auf den meisten Feldern in einem dramatischen Ausmaß bedürfen, schon deswegen nicht gelingen, weil wir ohne sie in einer Flut von widersprüchlichen Informationen ertrinken und die Orientierung verlieren würden. Auch würde eine Sozialdemokratie, die auf eine solche Gesamtvorstellung verzichten wollte, einen substantiellen Teil ihrer Identität preisgeben. Im Berliner Programm besitzt die Sozialdemokratie jedoch eine solche Gesamtvorstellung.

Sicher ist es richtig, daß seit 1989 auf wichtigen Feldern wesentliche Veränderungen stattgefunden haben, die damals so nicht vorausgesehen worden sind und auch nicht vorauszusehen waren. Die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes und die deutsche Einigung zum Beispiel. Oder die blutigen Konflikte in Südosteuropa. Eine Reihe von Aussagen zu Europa und zur deutschen Frage ist dadurch gegenstandslos geworden - ohne daß es übrigens einen Grund gäbe, die entsprechenden Passagen zu verschweigen oder gar zu bereuen. Und natürlich konnte sich das Programm auch nicht konkret mit den wirtschaftlichen, sozialen und bewußtseinsmäßigen Problemen des deutschen Einigungsprozesses befassen.

Aber die zentralen Aussagen des Programms, insbesondere die über unsere Vorstellungen vom Menschen, von der Geschichte, von der Wirtschaft, vom Staat und von der Politik sind unverändert gültig und programmatisch aktuell. Sie sind durch den Zusammenbruch des Kommunismus sogar noch bedeutsamer geworden. Denn der Hinweis, bei uns sei die Situation allemal besser als in den kommunistischen Staaten genügt seitdem selbst für den oberflächlichsten Zeitgenossen nicht mehr, um die Diskussion über die richtigen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu beenden.

Es ist nicht möglich, die Antworten des Programms hier im einzelnen zu referieren. Einige Sätze seien jedoch deshalb an dieser Stelle wörtlich wiedergegeben, weil sie es - wie Herbert Wehner gesagt hätte - in sich haben. Zum Beispiel heißt es dort zu unserem Menschenbild:

"Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig." Und "Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit."

Oder zum Begriff des Fortschritts: "Der Kern des Fortschrittsglaubens, der als Weltbild der Neuzeit wirksam wurde, war die Überzeugung, daß die Automatik der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Entwicklung auch die Durchsetzung der humanistischen Werte befördere und garantiere." Und: "Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt. Er verlangt Umdenken, Umsteuern, Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft."

Zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie sagt das Programm: "Gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie. Sie wird zur Basis verantwortlichen Wirtschaftens. Das ökologisch Notwendige muß daher Prinzip auch betriebswirtschaftlichen Handelns werden."

Und zur Sozialpolitik: "Solidarität ersetzt nicht Eigenverantwortung, erträgt nicht Bevormundung. Sie soll auch als Hilfe zur Selbsthilfe wirksam werden. Die Arbeiterbewegung hat über Generationen hinweg den Sozialstaat erkämpft. Wir werden ihn erhalten und ausbauen."

Wichtig ist auch, was das Programm über den Staat und unser Politikverständnis ausführt. Da heißt es: "Der demokratische Staat beruht auf den gleichen Rechten aller seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Grundrechte sind ihm als Freiheits- und Teilhaberechte vorgegeben und begründen ihn als eine wertgebundene Gemeinschaftsordnung. Der Staat soll Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklichen. Wer ihn überfordert, verursacht wuchernde Bürokratien, deren

Wirksamkeit abnimmt und die weder zu kontrollieren noch zu finanzieren sind. Das Prinzip der Subsidiarität, das Vorrangs der kleineren Einheit vor der größeren, kann, wo es nicht überdehnt wird, Macht begrenzen und zur Teilhabe ermutigen."

Und zur Politik: "Politischem Handeln sind Grenzen gezogen. Sie lassen sich nicht ohne Schaden für den Einzelnen und die Gesellschaft überschreiten. Irrtum und Schuld, Krankheit und Unglück, Schmerz und Verzweiflung, Versagen und Scheitern gehören auch in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zum Leben des Menschen."

Übrigens ist im Programm auch an mehreren Stelle vom demokratischen Sozialismus die Rede. So etwa schon im Abschnitt über die Grundwerte. Da heißt es in Anlehnung an das Godesberger Programm: "Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus."

3.

Warum dann diese an Berührungsangst grenzende Zurückhaltung im Umgang mit unserem Programm? Mag sein, daß es noch immer unter dem Mangel an spektakulären Auseinandersetzungen in der Schlußphase seiner Entstehung leidet. Vielleicht auch darunter, daß seine Verabschiedung völlig von der dynamischen Entwicklung in der damaligen DDR überlagert war, die gerade in den Dezembertagen des Jahres 1989 die öffentliche Aufmerksamkeit vollständig in Anspruch nahm.

Das ist aber nicht alles. Eine Ursache liegt wohl auch darin, daß uns die Tagesaufgaben - und sie sind in der Tat wichtig genug - im Übermaß mit Beschlag belegen. Daß wir deshalb Gefahr laufen, den Reformauftrag unserer Politik aus den Augen zu verlieren. Daß manche glauben, Programmatik sei eher störend, weil sie der Erringung oder Verteidigung politischer Macht im Wege stehen könnte. Dabei wird übersehen, daß wir immer dann am stärksten waren, wenn sich verantwortungsbewußte und kompetente Gegenwarts politik mit konkreten Reformperspektiven verband, die Menschen zu motivieren - ja ich scheue diesen Begriff nicht - zu begeistern verstanden.

Möglicherweise spielt noch etwas eine Rolle. Nämlich eine gewisse Unsicherheit gegenüber dem Begriff des demokratischen Sozialismus, den das Programm wie selbstverständlich verwendet. Ich verstehe manche Sorgen, die in diesem Zusammenhang hinsichtlich denkbarer Mißverständnisse geäußert werden. Aber ich rate, den Begriff nicht preiszugeben. Er ist ein Stück unserer Geschichte. Und unsere Partei lebt mehr aus ihrer Geschichte als andere politische Kräfte unseres Landes. Daß die Kommunisten den Begriff des Sozialismus mißbraucht haben, ist wohl wahr. Allerdings haben sie nie von einem demokratischen Sozialismus gesprochen. Und diejenigen, die sich weiterhin zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus bekannten, haben sie überall dort, wo sie an die Macht gelangten, als erste unterdrückt und verfolgt. Aber dem Mißbrauch eines Begriffs begegnet man ebensowenig durch seine Preisgabe wie dem Versuch, ein Gut zu rauben oder zu stehlen durch die Preisgabe eben dieses Gutes. Und das schon gar nicht, wenn der Versuch ersichtlich gescheitert ist.

4.

Fazit: Es gibt keinen Grund, das Berliner Programm weiterhin als Verschlusssache zu behandeln. Es gibt im Gegenteil viele gute Gründe, sich mit ihm zu beschäftigen, sich an ihm zu orientieren und - wo immer notwendig - auch kritisch auseinanderzusetzen. Der 5. Jahrestag seiner Verabschiedung sollte dazu Anlaß bieten, es wieder auf den Tisch zu nehmen und endlich mit diesem Pfund zu wuchern.

(-/15. Dezember 1994/rs/tr)

Erfolg für eine Studentin mit Kindern
Nach Intervention wird das BAföG weiterbezahlt

Von Hanna Wolf MdB

Der Münchner Rechtsanwalt Dr. Tillo Guber wandte sich mit einem aussichtslos scheinenden Fall an mich. Einer Studentin wurde die Studienförderung durch BAföG über die Höchstförderungsdauer hinaus verweigert, da die Geburt ihrer beiden Kinder nicht als Verlängerungsgrund anerkannt wurde.

Daraufhin stellte ich entsprechende schriftliche Fragen an die Bundesregierung und siehe da: Der Antrag wurde nun am 7. Dezember rückwirkend genehmigt und sogar die Genehmigung für die noch nicht gestellten Folgeanträge angekündigt. Dies war möglich, weil auf meine Anfrage hin das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie mit den zuständigen bayerischen Behörden Einvernehmen erzielt hat.

Ich gehe davon aus, daß es sich hierbei nicht nur um eine Einzelfallentscheidung handelt.

Hier der entscheidende Auszug der heute eingegangenen Antwort der Bundesregierung:

"Die Bundesregierung hat den Ihrer Anfrage zugrundeliegenden Sachverhalt überprüft. Die Auszubildende strebt die Leistung von Ausbildungsförderung über die Förderungshöchstdauer hinaus nach Paragraph 15 Absatz 2 Satz 1 Nr. 6 BAföG wegen Schwangerschaft und Kindererziehung an. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat inzwischen mit den zuständigen bayerischen Behörden Einvernehmen erzielt, daß ein Anspruch der Studentin auf Ausbildungsförderung für das Wintersemester 1992/93 und das Wintersemester 1994/95 wegen der beiden Schwangerschaften dem Grunde nach besteht. Für das Wintersemester 1992/93 ist die Förderung dem Grunde nach am 7. Dezember 1994 bewilligt worden. Für das Wintersemester 1994/95 muß die Studentin noch einen Antrag stellen. Das Notwendige ist insoweit veranlaßt. Ab April 1995 besteht für die Studentin die Möglichkeit, Studienabschlußförderung gemäß Paragraph 15 Absatz 3a BAföG bis längstens zur Prüfung im Frühjahr 1996 zu erhalten, da es möglich erscheint, daß sie zum Ende der nach Paragraph 15 Abs 3 Nr. 5 BAföG verlängerten Förderungsdauer im März 1995 die Voraussetzungen für die Zulassung zur Abschlußprüfung schaffen und ihr Studium innerhalb der nach Paragraph 15 Abs. 3a BAföG verlängerten Förderungsdauer bis zum Frühjahr 1996 abschließen kann."

(-/15. Dezember 1994/rs/fr)
